Auer T

Anzeiger fü.

mit der wöchentlichen Unterhc

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittag.
Für unverlangt eingesandte Man

Nr. 28 Sonnabend, den

Bulgariens Kriegsziele.

Die Zerstückelung der Türkei. – Friedensforderung englischer Arbeiter. – Die Opfer der Luftangriffe auf Paris.

Deutschland und Amerika.

Am heutigen Tage jährt es sich, daß Präsident ilson im Namen seiner Regierung, die er mehr körpert als irgendein anderer Staatslenker, die lomatischen Beziehungen zum Deut- en Reiche abbrach. Ganz im Stile der Entente. er sich mit seinem folgenschweren Schritt vor aller it verschrieb, unternahm er ihn unter einer falschen gründung. Wie er in seiner Botschaft an den Kon- ß bemerkte, wäre der Regierung der Vereinigten aaten keine andere Wahl geblieben, nachdem utschland die feierlichen Versicherungen, die er in ner Note vom 4. Mai 1916 gegeben, plötzlich und e vorherige Andeutung irgendwelcher Art zurückge- en habe. Damit verfolgte Herr Wilson den Doppel Zweck, Amerikas Vorgehen selbst ins helle Licht einer lich großen Handlung zu rücken, und dem deutschen gner die Last eines gebrochenen Versprechens aufzubürden. Eine solche Beschuldigung ist, wie wissen, eines der wirksamsten Kampfmittel; denn Wortbrüchige findet am schwersten den Weg zu unden zurück. Es ist daher angebracht, aus diesem laß noch einmal kurz auf die Quellen zurückzugehen d den fehlerhaften Gedanken der Wilsonschen Bewer- ung abermals bloßzulegen.

Wer immer sich die Mühe nimmt, die Note vom 4. i 1916 nach Sinn und Wortlaut durchzuprüfen, er- ht daraus ohne weiteres, daß das Zugeständnis oder Versicherung, wie man es nennen will, unter einer stimmten Voraussetzung gegeben wurde, auf en Erfüllung man geduldig gewartet hat, die aber t eintraf. „In dem Daseinskampfe, den Deutsch- d zu führen gezwungen ist", heißt es in der Note, in ihm von den Neutralen nicht zugemutet werden, mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer rksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn en Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechts- drige Mittel nach Belieben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der utralität unvereinbar sein. Die deutsche Regierung überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staa- n eine derartige Zumutung fernliegt; dies entnimmt aus der wiederholten Erklärung der amerikanischen gierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die lste Freiheit der Meere wiederherzustellen ent- lossen sei. Die deutsche Regierung geht demgemäß n der Erwartung aus, daß ihre neue Weisung die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung r Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Ver- rklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 ange- enen Zusammenarbeit zu der noch während des Krie- s zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der eere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht ran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nun- hr bei der Großbritannischen Regierung die sbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Nor- n mit allem Nachdruck verlangen und durch- hen wird, die vor dem Kriege allgemein aner- nnt waren und die insbesondere in den Noten der nerikanischen Regierung an die britische Regierung m 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 egelegt sind. Sollten die Schritte der Regierung der [illegible] benachbarten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge, der Entschließung vorbehalten muß."

Nur Verdrehungskunst oder der völlige Mangel je- s gesunden Denkens konnte darüber hinweggehen, daß e Erwartung einer entsprechenden Aktion der Ver- nigten Staaten das Band war, das Deutschland an ine Zusage Amerika gegenüber fesselte. Diese Erwar- ung hat sich aber nicht erfüllt.

Und auf den ersten Betrug am folgerichtigen Den- n folgte der weitere, der das amerikanische Volk um e Erwartung brachte, in der es den Präsidenten wie- rgewählt hatte, nämlich, daß er es aus dem Kriege raushalte. So ist der ganze Krieg, den die Ver- igten Staaten gegen Deutschland führen, dem ame- nischen Volke gegenüber, das dafür bluten, zahlen wohl auch mit der Zeit entbehren muß, auf ugbildern aufgebaut. Falsch ist das Idol der nokratie, für das es angeblich kämpft; denn das Volk te, wie der Werdegang des Kriegsausbruches erwies,

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 2. Februar.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

keinen Einfluß auf sein Geschick. Herr Wilson und der kleine Kreis um ihn herum war das Volk. Kein Volk in diesem Weltkriege war aus inneren Gründen weniger genötigt, daran teilzunehmen, als das Volk der großen Union, die, wie William Randolph Hearst noch vor Amerikas Eintritt in den Krieg in einem seiner Blätter zu schreiben den Mut fand, „fort- an nur noch eine englische Kronkolonie dar- stellt, in nichts verschieden von Kanada oder Australien". Und in dem Maße, als die englischen Selbstverwaltungs- kolonien, Kanada, Australien, Südafrika, sich auf ihre eigenen Rechte und Interessen besinnen, sehen wir Ame- rika, sich wieder in die Politik des Landes verstricken, von dem es sich mit dem Aufwand aller heroischen Eigenschaften vor beinahe anderthalb hundert Jahren befreit hatte.

Welche innere Folgen dieser Bruch mit der Ver- gangenheit dem Lande bringen wird, läßt sich heute noch nicht erkennen. Sicher ist nur, daß der Einsatz, den das amerikanische Volk in diesem Kriege zu machen verführt wurde, im traurigen Gegensatze steht zu dem Einsatz an sittlichen Werten, der das deutsche Volk den Krieg auf sich nehmen und bestehen ließ.

Die Streiks.

Berliner Fabriken unter militärischer Leitung.

Der Oberbefehlshaber in den Marken (Berlin), Generaloberst v. Kessel, hat gestern folgendes verfügt: Die Ausstandsbewegung, in der ein Teil der Arbeiter- schaft von Groß-Berlin noch verharrt, beeinträch- tigt die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition. Ich habe daher zunächst folgende Betriebe: 1. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Marienfelde und Wittenau, 2. Berliner Maschinenbau-A.-G. vor- mals L. Schwartzkopff in Berlin, 3. A. Borsig in Berlin-Tegel, 4. Allgemeine Elektrizitätsge- sellschaft, Fabriken in Hennigsdorf, 5. Argus- Motoren-Gesellschaft in Berlin-Reinickendorf, 6. Luftverkehrsgesellschaft in Berlin-Johannis- thal, 7. Daimler-Motorengesellschaft Zweig- niederlassung Berlin-Marienfelde unter militäri- sche Leitung gestellt und den Arbeitern dieser Be- triebe aufgegeben, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918 bis morgens 7 Uhr wieder auf- zunehmen. Zuwiderhandelnde setzen sich schwerer Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungs- zustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.

Ablehnung des Empfanges Streikender durch den Reichskanzler.

Aus Berlin wird folgendes gemeldet: „Gegenüber den Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin hat die Regie- rung von vornherein den Standpunkt vertreten, daß sie nicht in der Lage sei, mit einem von streikenden Arbeitern ohne jede gesetzliche Grundlage gewählten Arbeiterrat in Verhandlungen über politi- sche Fragen einzutreten, dagegen hat sie stets ihre Bereit- willigkeit bekundet, die Lage mit den politischen und gewerkschaftlichen Führern der Arbeiterschaft zu erörtern. Diesen Grundsätzen hat am gestrigen Tag (Donnerstag) auch der Reichskanzler bei einer Be- sprechung mit den Abg. Bauer und Schmidt Aus- druck gegeben. Er erhielt indessen bald darauf ein von den Abgeordneten Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann unterzeichnetes Telegramm, worin diese ersuchten, zusammen mit fünf Funktionären der gewerk- schaftlichen Organisation, die von den Streiken- den als ihre Vertrauenspersonen bezeichnet worden seien, vom Kanzler empfangen zu werden, und zwar zunächst zur Erörterung des Versamm- lungsrechtes. Da dieses Ersuchen mit der eben dar- gelegten grundsätzlichen Stellungnahme der Regierung nicht in Einklang zu bringen war, ließ der Reichs- kanzler auf den Vorschlag erwidern, daß an der ge- wünschten Besprechung je zwei Vertreter der beiden so- zialdemokratischen Reichstagsfraktionen und der General- kommission der Gewerkschaften teilnehmen sollten. Er stellte zugleich anheim, den Leitern der gewerkschaftlichen Organisation zu ihrer Unterstützung noch drei andere Vertreter der Gewerkschaften beizugeben. Die Gegen- seite ging jedoch darauf nicht ein, sondern schlug nunmehr vor, die Abordnung aus je zwei Vertretern der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und aus drei der in dem oben erwähnten Telegramm be- zeichneten gewerkschaftlichen Funktionäre zusammenzu- setzen. Unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen sollte sich der Abg. Bauer be- finden, der zwar der Generalkommission der Gewerk- schaften angehört, jedoch als Vertreter der Parteileitung an der Besprechung teilnehmen sollte. Die vom Reichs- kanzler vorgeschlagene Zuziehung besonderer Vertreter der Gewerkschaftsleitung sollte mithin unterblei- ben. Der Reichskanzler konnte sich mit diesem Vor- schlage nicht einverstanden erklären, da die so zusam- mengesetzte Abordnung sich wiederum als eine von der Streikleitung bevollmächtigte Vertretung der streikenden Arbeiter darstellte und nicht als Vertretung der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Infolgedessen hielt der Reichskanzler an der Antwort fest, die er auf das oben erwähnte telegraphische Ersuchen gegeben hat- te. Von der Gegenseite wurde jedoch erklärt, daß un- ter diesen Umständen auf den Empfang der Abordnung verzichtet werde.

Scheidemann und Ebert beim Reichskanzler.

Zwischen den Abgg. Scheidemann und Ebert einer- seits und Vertretern der Regierung anderseits haben Freitag vormittag Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem bestimmten Ergebnis führten. — Den Konferenzen, die beim Reichskanzler abgehalten wurden, wohnte auch Staatssekretär Wallraf bei.

Verhaftung eines sozialdemokratischen Reichstags- abgeordneten.

Der Reichstagsabgeordnete Dittmann (unabhäng. Soz.), Mitglied der Streikleitung, ist verhaftet wor- den, als er in einer unerlaubten Versammlung eine Rede hielt, in der er zur Fortführung des Streiks aufforderte und erklärte, der Streik müsse hochgehalten werden. Dittmann wurde dem Staatsanwalt vorgeführt.

Die Berliner Stadtverordnetenver- sammlung hat einen Antrag der Unabhängigen So- zialdemokraten abgelehnt, wonach der Magistrat ersucht werden sollte, bei den zuständigen Behörden die Auf- hebung des Verbots von Versammlungen von Streikenden anzustreben.

Die Lage im Reiche.

Im Rheinlande und in Westfalen sind die Teilausstände als beendet zu bezeichnen. Der Streik vermochte hier keinen Fuß zu fassen. Die Krupp-Werke sind in voller Tätigkeit. In Kassel betrug die Zahl der Streikenden 12 000. Eine Massenversammlung von etwa 10 500 Personen hat nach eintägigem Streik die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. In Königs- berg in Pr., sowie in ganz Ostpreußen ist von einem Ausstande nichts zu bemerken. In allen Betrieben wird wie gewöhnlich gearbeitet.

Streiks in Sachsen.

Wie das stellvertretende Generalkommando des 19. Armeekorps bekannt gibt, ist ein kleiner Teil der Leip- ziger Rüstungsarbeiter in einen Streik einge- treten. Die Deutschen Flugzeugwerke in Leip- zig-Lindenthal, die vom Streik betroffen sind, werden durch eine Verordnung des kommandierenden Generals bis auf weiteres in militärische Leitung übernommen. In Pirna sind etwa 400 Arbeiter eines Werkes in den Ausstand getreten.

Aeußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten.

In der gestrigen Sitzung der bayrischen Kammer der Abgeordneten rechtfertigte Ministerpräsident von Dandl zunächst den Standpunkt der Reichsregierung in der Kriegszielfrage und führte dann aus: „Man darf nicht alle möglichen Punkte und Beschwerden mit der jetzigen Streikbewegung in Verbindung bringen. Ich danke Ihnen (zu den Sozialdemokraten ge- wendet), wenn Sie jetzt die Führung in die Hand nehmen. Ich hoffe, daß dadurch die Bewegung in ruhige Bahnen gelenkt und der Aufstand baldmög- lichst zu Ende gebracht wird. Die Streikvorgänge, in- besondere in Berlin, sind eine helle Freude für